

**nfb-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021:
Die Antworten der Parteien im Wortlaut**



1. **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungs- und Berufsberatung:**
Welche zentralen politischen Ziele verfolgen Sie mit welchen konkreten Maßnahmen, damit sich die BBB-Beratung zügig auf die veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation einstellen kann und zukunftsfähig wird?

„Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass sinnvolle berufliche Bildung nicht an fehlender Finanzierung, an fehlender Zeit oder Unwissen scheitert. Deshalb schlagen wir den Aufbau einer flächendeckenden Beratungs- und Förderinfrastruktur vor. Überall dort, wo es eine Arbeitsagentur gibt, soll eine Bildungsagentur als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur Weiterbildung aufgebaut werden. Die Beratung und Förderung von Weiterbildung für alle interessierten Menschen findet in Zukunft in diesen regionalen Bildungsagenturen statt. Sie sind das Herzstück von Bildungsnetzwerken, die ein gemeinsames Dach für kooperative Zusammenarbeit relevanter Akteure vor Ort bieten. Auch Unternehmen sollen sich in den Bildungsagenturen beraten lassen können.“

2. **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungs- und Berufsberatung:**
Halten Sie mit Blick auf die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie politische und gesetzgeberische Anpassungen für erforderlich, um die Ziele des Qualifizierungschancengesetzes und der Nationalen Weiterbildungsstrategie weiterhin und nachhaltig umzusetzen? In welchen Bereichen?

„Aus unserer Sicht sind die bisherigen Instrumente der Weiterbildungsberatung und -förderung noch nicht weitgehend genug. Wir GRÜNE wollen sie gern ausweiten. Wie oben skizziert sollen flächendeckende Bildungsnetzwerke entstehen sowie regionale Bildungsagenturen als Orte, wo die wichtigsten Infos und Unterstützungen zu bekommen sind. Zudem wollen wir ein Weiterbildungsgeld für arbeitsmarktbedingte Qualifizierungen einführen, das 200€ über dem Arbeitslosengeldanspruch liegt. Für alle anderen beruflichen Qualifizierungen wollen wir ein Weiterbildungs-BAföG schaffen, um berufliche und persönliche Entwicklung auch denen zu ermöglichen, die keinen Anspruch auf arbeitsmarktbedingte Förderung haben. Ein Freistellungsanspruch soll sicherstellen, dass Beschäftigte die nötige Zeit für eine Weiterbildung bekommen. Uns ist es auch ein großes Anliegen, eine gute Qualität geförderter Weiterbildung sicherzustellen. Das umfasst ebenfalls eine angemessene Entlohnung und Sicherheit für Menschen, die berufliche Weiterbildung durchführen.“

3. **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Berater*innen:**
Welche Maßnahmen wollen Sie anregen, damit Berater:innen in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, Solo-Selbständige und Freiberufler:innen zukünftig besser abgesichert sind und ihre wichtige Arbeit fortsetzen können?

„Selbstständigen wollen wir GRÜNE mehr Sicherheit geben, indem der Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung erleichtert wird, in der Rentenversicherung flexible Beitragszahlungen vorgesehen und das Statusfeststellungsverfahren vereinfacht wird. Wir setzen uns weiterhin für einen Unternehmer*innenlohn/Selbständigengeld von monatlich 1.200 Euro plus Krankenversicherungsbeiträgen im Rahmen der Coronahilfen des Bundes ein und wollen dies auch für zukünftige Pandemiesituationen beibehalten. Die Pandemie hat gezeigt, dass es insbesondere für Solo-Selbständige und Freiberufler*innen hohe Hürden gibt, die wir abbauen wollen, indem wir die Grundsicherung zu einer Garantiesicherung weiterentwickeln. Wir wollen die Regelsätze schrittweise anheben, Sanktionen abschaffen, die Vermögensprüfung durch eine Selbstauskunft ersetzen, die Hinzuverdienstgrenzen verbessern und die Bedarfsgemeinschaft Schritt für Schritt abschaffen. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, beispielsweise durch sachgrundlose und Kettenbefristungen, wollen wir eindämmen.“

**nfb-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021:
Die Antworten der Parteien im Wortlaut**

4. Digitale Beratungsformate:

Was wollen Sie tun, damit Beratende die für den Einsatz digitaler Beratungsformate notwendigen Kompetenzen zügig erwerben, und was können Sie zur Entwicklung einer datenschutzkonformen digitalen Infrastruktur der Organisationen vor Ort beitragen?

„Nicht zuletzt die Erfahrungen aus der Corona-Krise haben gezeigt, dass Beratungsangebote zunehmend digital möglich sein müssen. Wir GRÜNE wollen passgenaue Beratungen für Digitalisierungsvorhaben gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen über längere Zeiträume fördern. Bei Aus- und Weiterbildung fördern wir die digitalen Zukunftskompetenzen. Hohe Standards bei IT-Sicherheit und beim Datenschutz unterstützen wir durch ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk. Wir fördern die Eigenentwicklung von digitalen Anwendungen und die Nutzung von offenen Standards, zum Beispiel im Vergaberecht, so dass die Anwendungen sicher und nachhaltig genutzt werden können.“

5. Digitale Beratungsformate:

Was schlagen Sie vor, um Menschen mit hohem Qualifizierungsbedarf und Flucht- oder Zuwanderungserfahrung eine niedrigschwellige Beratung zu ermöglichen, und wie wollen Sie Zugang zu digitalen Diensten durch digitale Geräte, Internetabdeckung und Entwicklung digitaler Kompetenzen gewährleisten?

„Asylsuchende, Geflüchtete, Geduldete, neu ankommende Migrant*innen und EU-Bürger*innen sollen von Anfang an Zugang zu Sprach- und Integrationskursen haben. Seit der COVID-Pandemie spielen dabei auch digitale Angebote eine immer größere Rolle. Diese müssen jedoch an die jeweilige Zielgruppe angepasst werden (z.B. bei Alphabetisierungskursen). Der Erwerb von Zukunftskompetenzen fängt schon in der Bildung an. Wir GRÜNE wollen zeitgemäße digitale Ausstattung und Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen - mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt. Mit einem Breitband-Universaldienst wollen wir einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet für alle schaffen, der sich an den Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft.“

6. Forschungs- und Entwicklungsbedarf:

Durch die zunehmende Digitalisierung im Bereich der BBB- Beratung gibt es neue Forschungsbedarfe, insbesondere bezogen auf Beratungsformate, innovative Ansätze, Zugänge zur Beratung und technische Umsetzung. Was schlagen Sie vor, um diesen Forschungs- und Entwicklungsbedarf zügig zu realisieren?

„Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Forschung im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung auszubauen. Gerade durch die Digitalisierung entstehen für die Beratung neue Möglichkeiten der Vernetzung und niedrigschwellige Zugänge zu guten Beratungsangeboten. Es ergeben sich aber auch neue Fragen und Herausforderungen, die einer vertieften wissenschaftlichen Erforschung bedürfen. Eine intensive wissenschaftliche Begleitung dieser Entwicklungen leistet aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag, um innovative Ansätze zu stärken und damit die Beratungsqualität dauerhaft zu erhöhen. Dem Bundesinstitut für Berufsbildung und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommen bei der notwendigen Schließung von Forschungslücken in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine zentrale Bedeutung zu.“

**nfb-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021:
Die Antworten der Parteien im Wortlaut**

7. Forschungs- und Entwicklungsbedarf:

Würden Sie sich für ein kontinuierliches, flächendeckendes Beratungsmonitoring als Grundlage für Qualitätsentwicklung und politische Entscheidungen einsetzen? Falls ja: für welche ersten Schritte setzten Sie sich ein?

„Wir GRÜNE halten Bildungsmonitoring für unerlässlich, um die Zielgenauigkeit und Qualität von Weiterbildungsangeboten stetig zu verbessern. Eine gute Datenbasis ist auch für die Entwicklung einer wirkungsvollen Fachkräftestrategie notwendig, die neben Erstausbildung und Zuwanderung auch die Weiterbildung im Blick hat. Eine gute Datengrundlage - digital und gut zugänglich - ist hierfür unbedingte Voraussetzung. Die Bildungsanbieter wollen wir für das Monitoring gewinnen. Gutes Monitoring erfordert aus unserer Sicht eine qualifizierte Datenauswertung und -analyse der erforderlichen und absolvierten Weiterbildungen, der Beratungsleistungen und -ergebnisse. In einem begleitenden Controlling müssen die finanziellen Implikationen regelmäßig erfasst werden, um die Kosten im Blick zu behalten. Die Ergebnisse sollen regelmäßig digital veröffentlicht werden.“

8. Vernetzung und Koordination:

Die NWS will den Auf- und Ausbau von Beratungsnetzwerken auf lokaler und regionaler Ebene für eine bessere Koordination der verschiedenen Anbieter (Agenturen für Arbeit, kommunale Beratungseinrichtungen etc.) stärken. Wie stellen Sie sich die Umsetzung und deren finanzielle Absicherung vor?

„Mit Bildungsagenturen - ähnlich der Struktur von Jugendberufsagenturen - wollen wir GRÜNE eine zentrale Anlaufstelle für alle Weiterbildungsinteressierten schaffen. Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Hochschulen und berufliche Schulen sowie andere Akteure der Weiterbildung können dort ihre Kompetenzen unter einem Dach bündeln und gemeinsam dafür sorgen, dass jede und jeder das für sie oder ihn passende Fortbildungsangebot findet. Bildungsagenturen sollen auf Basis freiwilliger regionaler Kooperationsvereinbarungen arbeiten. Bei der Zusammenarbeit gilt das Prinzip der Augenhöhe. Neben neutraler und hochwertiger Weiterbildungsberatung kann in den Bildungsagenturen bei Bedarf auch unbürokratisch und auf direktem Weg finanzielle Förderung der Weiterbildung beantragt werden. Die Finanzierung der Bildungsagenturen speist sich aus den Mitteln der in ihr vertretenen Kooperationspartner und wird über regionale Kooperationsvereinbarungen vertraglich abgesichert.“